

Konzeptpapier
Vorprojekt für eine vernetzte Sicherheit und Ordnung
in der Stadt Lüdenscheid

Prof. Dr. Nils Abraham, Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung Nordrhein-
Westfalen, Abteilung Köln, Sozialwissenschaften

(Stand 03.06.2024)

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis	3
1. Übergreifende Zielsetzung	4
2. Zum Aufbau des Konzeptpapiers	4
3. Vorbemerkungen zur Sicherheit im öffentlichen Raum	4
4. Zur aktuellen Situation in Lüdenscheid	9
5. Empfehlungen für mögliche Schritte für eine vernetzte Sicherheit und Ordnung	13
6. Ausblick	16
7. Quellen- und Literaturverzeichnis	17
Anlage: Fotografische Dokumentation in Lüdenscheid	18

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Entwicklung der bekannt gewordenen Straftaten in Lüdenscheid (2018-2022)	10
Abb. 2: Entwicklung ausgewählter Delikte Lüdenscheid (2018-2022)	11
Abb. 3: Koordination der kooperativen Sicherheit in den Stadt Lüdenscheid	14
Abb. 4: Börsenstraße Richtung Hintereingang Forum am Sternplatz	18
Abb. 5: Hintereingang Forum am Sternplatz in der Börsenstraße (tagsüber)	18
Abb. 6: Hintereingang Forum am Sternplatz in der Börsenstraße (bei Dunkelheit)	19
Abb. 7: Passage durch das Forum am Sternplatz	19
Abb. 8: Fußgängerweg an der Seite des Forums zur Sauerfelder Straße (tagsüber)	20
Abb. 9: Fußgängerweg an der Seite des Forums zur Sauerfelder Straße (bei Dunkelheit)	20
Abb. 10: Fußgängerweg an der Seite des Forums zum Tunnel Sauerfelder Straße	21
Abb. 11: Eingang Tunnel unter der Sauerfelder Straße (Seite Forum)	21
Abb. 12: Eingang Tunnel unter der Sauerfelder Straße (Seite Jobcenter)	22
Abb. 13: Eingang Tunnel unter dem Sauerfeld ZOB (von der Hochfuhrstraße)	22
Abb. 14: Tunnel unter dem Sauerfeld ZOB	23
Abb. 15: Eingang Tiefgarage unter dem Kulturhaus Lüdenscheid	23
Abb. 16: Tiefgarage unter dem Kulturhaus Lüdenscheid	24
Abb. 17: Kindergäßchen von der Karlstraße (tagsüber)	24
Abb. 18: Kindergäßchen von der Karlstraße (bei Dunkelheit)	25
Abb. 19: Wendeplatz Karlstraße (bei Dunkelheit)	25
Abb. 20: Durchgang von der Wiesenstraße zur Kluser Straße (bei Dunkelheit)	26

1. Übergreifende Zielsetzung

Flankierend zur Einführung des Kommunalen Ordnungsdienstes (KOD) sollen insbesondere durch präventive Maßnahmen im Bereich ergänzender Aufgabenfelder die Sicherheit und Ordnung sowie Sauberkeit im öffentlichen Raum der Stadt Lüdenscheid verbessert werden.

2. Zum Aufbau des Konzeptpapiers

Den eigentlichen Handlungsempfehlungen für eine vernetzte Sicherheit und Ordnung werden in diesem Konzeptpapier einleitend kurz zunächst Ausführungen zu grundlegenden Trends im Bereich der urbanen Sicherheit vorangestellt. Dann soll die aktuelle Situation in Lüdenscheid umrissen werden. Darauffolgend werden erste konkrete Empfehlungen für mögliche Schritte hin zu einer vernetzten Sicherheit und Ordnung in der Stadt Lüdenscheid unterbreitet. Hierbei liegt der Fokus auf der Bildung von Netzwerken zur Kommunikation und Koordination von gemeinsamen Aktivitäten im kriminalpräventiven Bereich – innerhalb der öffentlichen Verwaltung und gerade auch mit verschiedenen Akteuren aus der Lüdenscheider Zivilgesellschaft und Wirtschaft, was in der Wissenschaft als „Local Security Governance“ bezeichnet wird. Zu betonen ist, dass es sich bei der Herstellung und längerfristigen Gewährung von Sicherheit und Ordnung um einen längeren und vielschichtigen Prozess handelt, der von den beteiligten Akteuren unter Einbeziehung der Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Lüdenscheid immer wieder evaluiert und kritisch hinterfragt werden sollte. Daran schließt sich ein knapper Ausblick auf mögliche weitere Schritte an.

3. Vorbemerkungen zur Sicherheit im öffentlichen Raum

Die Thematik Sicherheit und Ordnung im öffentlichen Raum von Städten nimmt bereits seit rund drei Jahrzehnten eine zentrale Stellung im sicherheits- und kommunalpolitischen Diskurs ein.¹ Inwieweit Bürgerinnen und Bürger den öffentlichen Raum einer Stadt nutzen, hängt entscheidend davon ab, ob sie sich dort sicher fühlen, d.h. welche Wahrnehmung sie von diesem Raum haben. Die urbane Sicherheit schließt somit nicht nur Fragen der objektiven Sicherheit ein, die sich durch die in der polizeiliche Kriminalstatistik erfassten Delikte messen lässt, sondern auch die der subjektiven Sicherheit, also einer subjektiven Wahrnehmung des öffentlichen Raumes durch die Menschen, die durch zahlreiche Faktoren beeinflusst wird.²

¹ Vgl. Frevel und Schulze, S. 107.

² Vgl. Kromberg und Rau, S. 12.

Diese individuell gefühlte Sicherheit hat nicht nur eine zentrale Bedeutung für die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger und wirkt sich auf ihr Verhalten im öffentlichen Raum aus, sondern auch auf den sozialen Zusammenhalt – in der Stadtgesellschaft sowie im eigenen Quartier.³

Besondere Bedrohungen werden durch Gewalt im städtischen Raum sowie durch die unterschiedlichen Formen von Kriminalität empfunden. Weitere zentrale Problemlagen machen „Jugendkriminalität und Vandalismus oder offene Drogen- und Alkoholszenen“⁴ aus. Hinzu kommen Phänomene wie das Vermüllen, die Verwahrlosung und Verschmutzung des öffentlichen Raums, Urinieren in der Öffentlichkeit, aber auch zum Beispiel Pöbeleien und das Verursachen von Lärm, „also unzivilisiertes und nicht ordnungsgemäßes Verhalten“.⁵ Neben Kriminalitätsbrennpunkten, also Orten, an denen bestimmte Formen vor allem der Straßenkriminalität häufig auftreten, stellen im urbanen Raum sogenannte Angstorte besondere sicherheitspolitische Herausforderungen dar. An diesen Orten kann entweder objektiv gesehen die Sicherheit gefährdet sein oder diese Orte werden von den Stadtbewohnerinnen und -bewohnern subjektiv als gefährlich eingeschätzt – bedingt durch schlechte Ausleuchtung, Verwahrlosung der Umgebung und/oder einer eingeschränkten Einsehbarkeit.⁶ Umstände, die in beiden Fällen zu einer Meidung dieser Orte führen können – zu bestimmten Tages- bzw. Nachtzeiten oder in Gänze. Der 2017 durch das Kriminalistische Institut des Bundeskriminalamts veröffentlichte „Deutsche Viktimisierungssurvey“ hat gezeigt, „dass die große Mehrheit der Bevölkerung zumindest ab und zu Orte oder Situationen vermeidet, um sich vor Kriminalität zu schützen (...).“⁷ Hervorzuheben ist, dass ein solches Vermeidungsverhalten bei Frauen deutlicher ausgeprägt ist als bei Männern: Ca. 50 % der Männer und 74,6 % der Frauen „(...) meiden zumindest selten bestimmte Straßen, Plätze und Parks und vermeiden es, alleine in der Dunkelheit unterwegs zu sein.“⁸ Bei 39 % der Frauen und 21 % der Männer gehört ein solches Vermeidungsverhalten sogar *häufig* oder *immer* zum Alltag.⁹ Interessant ist in diesem Zusammenhang im Hinblick auf die Stadt Lüdenscheid auch das Ergebnis des Surveys, dass in Städten mit einer Wohnortgröße von 50.000-100.000

³ Vgl. Bundeskriminalamt, S. 45.

⁴ Frevel und Schulze, S. 108.

⁵ In der Forschung wird auch von sogenannten *incivilities and disorder-Phänomenen* gesprochen. Vgl. ebd.

⁶ Vgl. ebd.

⁷ Bundeskriminalamt, S. 59.

⁸ Ebd.

⁹ Vgl. ebd., S. 60.

Einwohnerinnen und Einwohnern fast jede zweite Frau und jeder fünfte Mann es vermeidet, bei Dunkelheit alleine draußen unterwegs zu sein.¹⁰ Seit der letzten Befragung im Jahr 2012 hat somit das subjektive Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung, insbesondere bei den Frauen, nochmals abgenommen.¹¹

Hervorzuheben ist, dass mit dem hier umrissenen Gegenstand der urbanen Sicherheit nicht nur das menschliche Grundbedürfnis nach körperlicher Unversehrtheit und den Schutz des privaten Eigentums und somit Kernaufgaben des Staates und dem Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in seine Handlungsfähigkeit berührt werden, sondern Fragen der Sicherheit und Ordnung auch einen wichtigen wirtschaftlichen Standortfaktor für Städte ausmachen. Denn zwischen der gefühlten Sicherheit und der Attraktivität einer Stadt besteht ein direkter Zusammenhang.¹²

Zur Stärkung der urbanen Sicherheit und Ordnung muss somit sowohl die objektive Sicherheit verbessert werden, d.h. Kriminalität konkret reduziert werden als auch das subjektive Sicherheitsgefühl gestärkt werden. Hierbei bestehen verschiedene Ansätze, die sich sinnvollerweise ergänzen und gerade im Zusammenspiel am effektivsten ihre kriminalpräventive Wirkung für die Herstellung und Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung in einer Stadt entfalten können. Mit der Einführung des KOD folgt Lüdenscheid einem kommunalen sicherheitspolitischen Trend, der seit einigen Jahren in deutschen Städten mit der Einrichtung von KOD zu beobachten ist. Viele Kommunen in Nordrhein-Westfalen bauen den KOD seit einigen Jahren auf.¹³ Ein weiterer langjähriger Trend ist die Schaffung von neuen Formen kooperativer Steuerung der Aktivitäten im Bereich der lokalen Sicherheit vor dem Hintergrund einer „(...) sich ändernden Sicherheitskultur- und -architektur.“¹⁴ Es herrscht die Meinung vor, „(...) dass erfolgreiche Sicherheitsvorsorge nur gemeinsam von Polizei, Stadtverwaltung und Bürgerschaft geleistet werden kann.“¹⁵ Es geht somit um die Schaffung von lokalen Sicherheitskooperationen, die neben den beiden klassischen Akteuren, der Polizei und den Ordnungsämtern, noch zahlreiche weitere Akteure aus der Verwaltung der Kommune (zum Beispiel Bauamt, Grünflächenamt, Ausländerwesen, Sozialamt und Jugendamt) sowie aus der privaten Wirtschaft (z.B. Industrie- und Handelskammer, Einzelhandelsverband und

¹⁰ Vgl. ebd., S. 61.

¹¹ Vgl. ebd., S. 46ff.

¹² Vgl. Kromberg und Rau, S. 11f.

¹³ Vgl. ebd., S. 21.

¹⁴ Frevel, S. 1073.

¹⁵ Kromberg und Rau, S. 22.

private Sicherheitsdienste) und Verbänden aus der Zivilgesellschaft (Wohlfahrtsverbände, Nachbarschaftsinitiativen, Sportvereinen sowie weiteren Organisationen aus Bereich der Freizeit) umfassen. Auch Vertreter der lokalen Medien sowie aus der Wissenschaft können hinzugezogen werden.¹⁶

Für diesen Trend in der kooperativen Sicherheitsarbeit haben sich in den vergangenen Jahrzehnten verschiedene Begriffe wie „Community Policing“¹⁷ oder „Plural Policing“¹⁸ herausgebildet. Vor dem Hintergrund der Einbindung von unterschiedlichen Akteuren in Formen der Sicherheitskooperationen besteht ein eindeutiger Bedarf an „(...) einer erweiterten Kommunikation, Koordination und Kooperation im Bereich der Steuerung, Planung und Handlung“¹⁹, was als „Security Governance“ bezeichnet wird. Nach Hans-Georg Erhart wird das Konzept des Security Governance „als kollektive Sicherheitsgewährleistung durch eine Vielzahl staatlicher und nichtstaatlicher Akteure, die, in einem nichthierarchischen Verhältnis zueinander stehend, verschiedene Mittel, Instrumente und Methoden nutzen, um auf der Basis gemeinsamer Normen, Werte und/oder Interessen ein gemeinsames Ziel zu erreichen“²⁰ aufgefasst. Angesichts der hohen Anzahl an Sicherheitsakteuren gilt dieses für die transnationale Ebene genauso wie für die kommunale Ebene. Hier kommt die „Local Security Governance“ zum Tragen, die Probleme der Sicherheit vor Ort in den Fokus nimmt.²¹ Für die unterschiedlichen Formen der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit auf der kommunalen Ebene haben sich in den vergangenen Jahren viele Bezeichnungen gebildet und es bestehen keine einheitlichen Standards im Hinblick auf die Organisation und Ausformung der Maßnahmen.²² „Die Orientierung an lokalen Strukturen und örtlichen Problemen (...)“²³ wird von den Sozialwissenschaftlern Bernhard Frevel und Verena Schulze besonders betont. Denn somit können verschiedene individuell angepasste Lösungen für die jeweiligen Herausforderungen und konkreten Bedarfe vor Ort entwickelt werden. Diese Governance-Formen reichen von thematisch breit aufgestellten Präventionsgremien, wie kriminalpräventiven Räten, bis hin zu Ordnungs- bzw. Sicherheitspartnerschaften, die sich auf

¹⁶ Vgl. Frevel und Schulze, S. 114.

¹⁷ Feltes, S. 235.

¹⁸ Frevel, S. 1073.

¹⁹ Frevel und Schulze, S. 110.

²⁰ Erhart, S. 25. Siehe auch Frevel und Schulze, S. 112.

²¹ Vgl. ebd., S. 111.

²² Vgl. ebd., S. 113.

²³ Ebd.

spezifische Problemlagen konzentrieren. Auf konkrete Ausgestaltungsmöglichkeiten sowie mögliche Strukturen der Zusammenarbeit wird im Rahmen der Handlungsempfehlungen im fünften Abschnitt dieses Konzeptpapiers weiter eingegangen werden. Hervorgehoben werden muss in diesem Zusammenhang die Bedeutung der Prävention. Denn Kriminalprävention ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die über Vernetzung unterschiedliche Ressorts und Institutionen interdisziplinär zusammenführt.²⁴ Im Unterschied zu repressiven Ansätzen kann die kooperative von einer breiten Akteurskonstellation getragene Kriminalprävention auch Ursachen von Kriminalität und vom Verhalten, das von allgemein akzeptierten Normen abweicht, in den Fokus nehmen und begegnen.

In der Kriminologie wird seit Jahren die „Broken Windows Theorie“ von James Q. Wilson und George L. Kelling kritisch diskutiert, nach der Zerstörungen bzw. Desorganisation in Stadtgebieten direkt mit Kriminalität verknüpft werden kann bzw. diese bewirken. Völlig zu Recht weist der langjährige Inhaber des Lehrstuhls für Kriminologie, Kriminalpolitik und Polizeiwissenschaft an der Ruhr-Universität Bochum, Thomas Feltes, darauf hin, dass dieser Ansatz keine Antwort darauf liefere, warum es zu diesen Zerstörungen in den Stadtgebieten kommt. Seiner Meinung nach liegt die Bedeutung dieser Idee in erster Linie darin, „dass Städte und Gemeinde bestrebt sein müssen, die allgemeine Ordnung zu bewahren, also für regelmäßigen Abtransport von Abfall und Müll, für die Sauberkeit der Straßen und für eine allgemein lebenswerte Umwelt zu sorgen“.²⁵ Zudem hebt er auf die nachhaltige Beseitigung von Störungen der Ordnung ab, was seiner Meinung nach jedoch nicht gleichzusetzen sei mit dem „Einsperren der Täter“.²⁶ Vielmehr gehe es darum den voranschreitenden schnellen „sozialen und gesellschaftlichen Zerfall der innerstädtischen Bereiche zu stoppen, der Fragmentierung und Segmentierung (...) entgegenzuwirken und sich verstärkt mit der Frage zu befassen, welche gesellschaftlichen und ökonomischen Veränderungen sich in den gewaltbelasteten Innenstädten abspielen oder dort widerspiegeln“.²⁷ Genau hier muss eine vernetzte kommunale Sicherheitskooperation ansetzen. Denn in entsprechenden städtischen Gebieten oder „(...) auf problematischen Plätzen sind sozialräumliche Maßnahmen und eine sichtbare Kooperation zwischen Polizei, Kommune, sozialen Trägern, Anwohnerinnen und

²⁴ Vgl. Schröder, S. 69.

²⁵ Feltes 2008, S. 242.

²⁶ Ebd.

²⁷ Ebd.

Anwohnern sowie Nutzerinnen und Nutzern vielversprechend“.²⁸ Präventive Maßnahmen sollten sowohl problem- als auch bedürfnisorientiert sein und für die Bewohnerinnen und Bewohner in ihren Wohnquartieren eine Unterstützung darstellen.²⁹ Um Konzepte zur Kriminalprävention auf der Ebene der Quartiere, also kleinräumig, zu entwickeln, ist es wichtig, die Situationen vor Ort zu erfassen und diese hinsichtlich der objektiven und subjektiven Sicherheit zu bewerten.³⁰ Dabei ist jedoch nicht nur der eigentliche Raum und mögliche Tatstrukturen in den Fokus zu nehmen, sondern wichtig mit Hilfe von „(...) klassischer Sozial-, Bildungs-, Jugend- und Präventionsarbeit im Sozialisationsprozess (...)“³¹ gezielt präventiv zu handeln. Diese Maßnahmen im Bereich der Primärprävention stellen somit eine wichtige Ergänzung zu Aktionen der sekundären Prävention dar, die auch durch repressive Maßnahmen gekennzeichnet ist, um mögliche Straftäterinnen und Straftäter abzuschrecken.

4. Zur aktuellen Situation in Lüdenscheid

An dieser Stelle kann die aktuelle Situation in Lüdenscheid nur skizziert werden. Eine umfassende Analyse der objektiven als auch der subjektiven Sicherheit, gerade auch auf einer kleinräumigen Quartiersebene, sollte im Rahmen der Einführung des KOD und der Etablierung eines sicherheitspolitischen Netzwerkes in Lüdenscheid erfolgen. Im Hinblick auf die objektive Sicherheit lässt sich aufgrund der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) der Polizei Nordrhein-Westfalen für das Jahr 2022 feststellen, dass sich diese im Vergleich zum Vorjahr insgesamt verschlechtert hat. Die jährlich veröffentlichte PKS stellt eine wichtige Quelle dar, die eine Beobachtung der Entwicklung der Kriminalität und einzelner Deliktsarten ermöglicht. Eingeschränkt wird die Aussagekraft der PKS jedoch dadurch, dass nur die Straftaten in diese Statistik eingehen, die der Polizei bekannt geworden sind. Der Teil der begangenen Straftaten, die der Polizei nicht bekannt werden, wird als so genanntes Dunkelfeld bezeichnet, dessen Umfangs sowohl von der Art des Delikts als auch von der „Anzeigenbereitschaft der Bevölkerung“ sowie der „Intensität der Kriminalität“ abhängt.³² Die Anzahl der gesamten bekannt gewordenen Straftaten für die Stadt Lüdenscheid betrug im vergangenen Jahr 5.526, was einer Zunahme von 13,84 Prozent (4.854 in 2021) entspricht.³³ Die Situation in

²⁸ Kromberg und Rau, S. 25

²⁹ Vgl. ebd.

³⁰ Vgl. Schröder, S. 70.

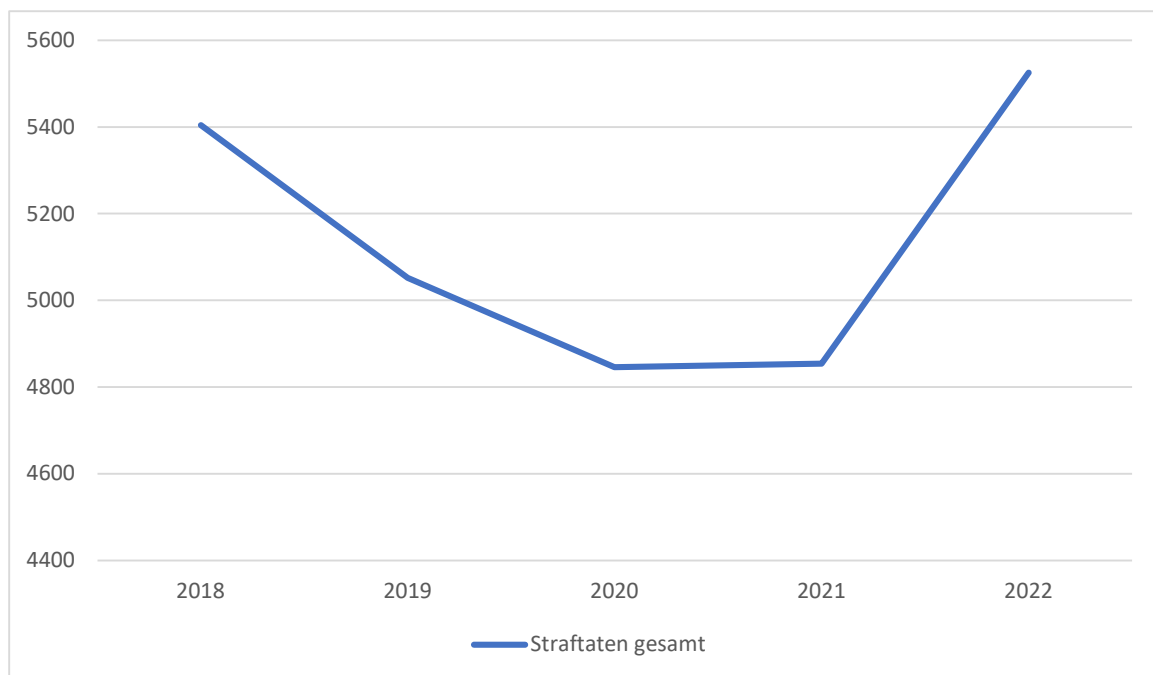
³¹ Kromberg und Rau, S. 25.

³² Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen, S. 1.

³³ Polizei Nordrhein-Westfalen 2022.

Lüdenscheid spiegelt die Entwicklung auf Landesebene, auf der es in 2022 mit 13,7 Prozent zu einer Zunahme von bekannt gewordenen Straftaten in ähnlicher Höhe gekommen ist. Aber auch im Märkischen Kreis ist die Kriminalität im vergangenen Jahr deutlich gestiegen (von 20.851 Straftaten in 2021 auf 24.872 Straftaten in 2022, d. h. um 19 Prozent). Sowohl im Märkischen Kreis als auch in Lüdenscheid erreichten 2022 die Kriminalfälle den höchsten Stand seit fünf Jahren. Positiv hervorzuheben ist die mit 60,13 in 2022 nahezu stabil gebliebene Aufklärungsquote in Lüdenscheid, die rund acht Prozent über dem Landesschnitt lag.³⁴

Abb. 1: Entwicklung der bekannt gewordenen Straftaten in Lüdenscheid (2018-2022)³⁵



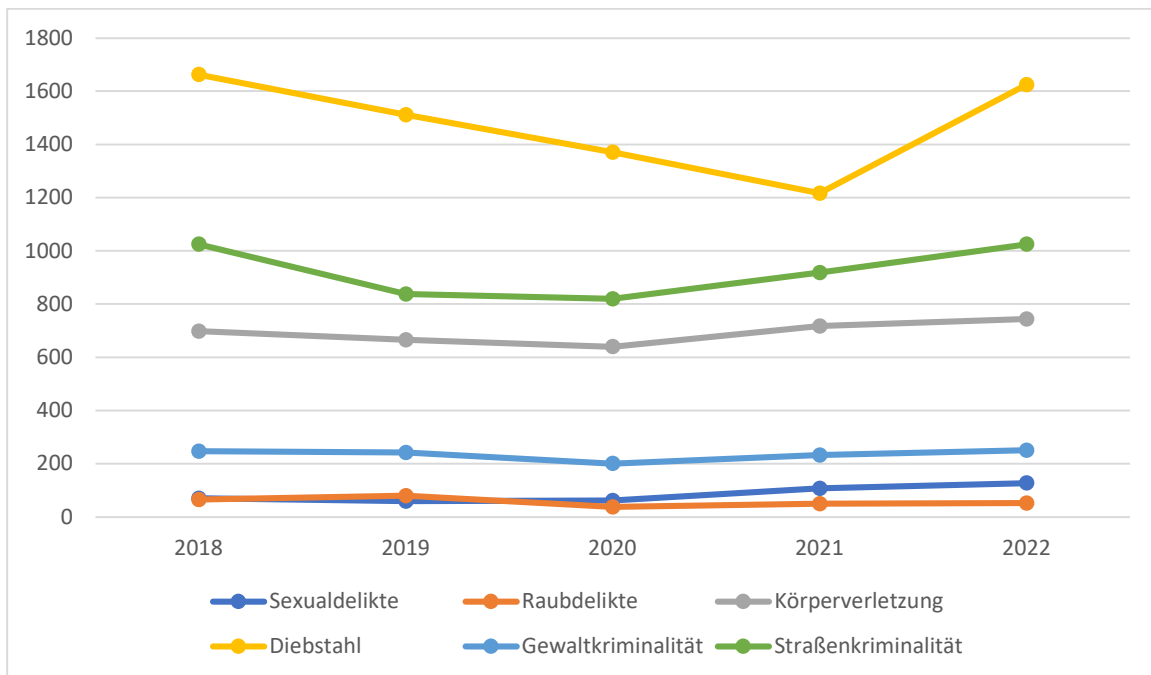
Als negativ auch im Hinblick auf das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung ist die Zunahme der bekannt gewordenen Straftaten in 2022 im Vergleich zum Vorjahr in den Bereichen Sexualdelikte, Körperverletzungen, Diebstahl (v.a. Taschendiebstahl bei einer leichten Abnahme der Wohnungseinbrüchen), Gewalt- und Straßenkriminalität einzustufen.³⁶

³⁴ Polizei Nordrhein-Westfalen 2022; Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen, S. 10.

³⁵ Polizei Nordrhein-Westfalen 2022.

³⁶ Ebd.

Abb. 2: Entwicklung ausgewählter Delikte Lüdenscheid (2018-2022)³⁷



Inwiefern sich die Entwicklung der objektiven Sicherheit auf das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung auswirkt, hängt von vielen sozialen sowie personalen Faktoren ab. Deshalb können an dieser Stelle, auch im Hinblick auf den Umfang dieses Konzeptpapiers, hinsichtlich der Situation der subjektiven Sicherheit nur erste allgemeine Aussagen getroffen werden. Als einen besonders negativen Faktor für das Sicherheitsgefühl der Menschen in Lüdenscheid ist sicherlich der Mord Anfang Mai 2023 im Tunnel unter der Sauerfelder Straße sowie die sich daran anschließende breite mediale Berichterstattung einzuschätzen.

Grundlage für die hier dargestellten punktuellen Beobachtungen sind Spaziergänge durch den Innenstadtbereich am 27. April 2023 (tagsüber) und am 23. November 2023 (am Nachmittag und bei Einbruch der Dunkelheit). Am zweiten Termin wurden Fotografien von Orten gemacht, die sich aufgrund ihrer Beschaffenheit, Lage und Grad der Beleuchtung negativ auf das subjektive Sicherheitsgefühl von Menschen auswirken können und durchaus für manche Menschen als Angsträume gelten können. Eine Auswahl der Fotografien sind in der Anlage beigefügt. Den Besonderheiten des Untersuchungsgegenstandes, subjektive Sicherheit, geschuldet, stellen die folgenden Einschätzungen des Sicherheitsgefühls natürlich die individuelle und somit subjektive Sicht des Beobachters dar: Insbesondere im Umfeld des Lüdenscheider Forums am Sternplatz (vor allem in der Passage mit den leerstehenden

³⁷ Polizei Nordrhein-Westfalen 2019; Polizei Nordrhein-Westfalen 2020; Polizei Nordrhein-Westfalen 2022.

Ladenlokalen³⁸, im hinteren Zugangsbereich der Börsenstraße³⁹, aber auch am seitlichen Durchgang zur Sauerfelder Straße⁴⁰ und dem Tunnel zur Sauerfelder Straße⁴¹) wirken fehlende oder unzureichende Beleuchtung, der Eindruck von Verwahrlosung sowie deutliche Vandalismusschäden, aber auch die fehlende informelle Kontrolle bedingt durch den Leerstand und der Anwesenheit von nur wenigen Mitmenschen, sich negativ auf das Sicherheitsgefühl aus. Deshalb sei an dieser Stelle bereits angemerkt, dass bis zum Abriss des Gebäudes und Neubebauung hier ein Tätigkeitsschwerpunkt des KOD liegen sollte, um mit Präsenz und somit formeller sozialer Kontrolle das Sicherheitsgefühl in und um das Gebäude zu stärken und potenzielle Straftäterinnen und Straftäter abzuschrecken. Bei der Planung der Neubebauung des Areals sollte unbedingt von Anfang an in Zusammenarbeit mit der Polizei Erkenntnisse der städtebaulichen Kriminalprävention einfließen, um Kriminalität begünstigende bauliche Strukturen von vornherein zu verhindern und das Sicherheitsgefühl der Lüdenscheider Bevölkerung in diesem Bereich zu stärken.

In beiden Tunneln unter der Sauerfelder Straße wird bereits durch Lichtinstallationen an einer Verbesserung der Lichtverhältnisse gearbeitet, die in gewissen Bereichen jedoch noch deutlich heller ausfallen könnte.⁴² Vor allem bei Dunkelheit kann in beiden Tunneln ein beklemmendes Gefühl aufkommen. In der Tiefgarage unter dem Kulturhaus Lüdenscheid besteht auf den meisten Parkebenen in weiten Teilen eine ausreichende Beleuchtung, was aufgrund der farblichen Wandgestaltung (grauer Beton) sowie der schlecht einsehbaren Parknischen aber einen unfreundlichen Gesamteindruck macht.⁴³ Besonders in den unteren Parkebenen gibt es dunkle Parkecken, die Verstecke ermöglichen und ein ungutes Gefühl erzeugen. Besonders während des Gangs durch das Parkhaus am 27. April aber auch am 23. November 2023 wurde in den unteren Parkebenen ein stechender Geruch von Urin sowie auch entsprechende Spuren auf dem Boden festgestellt.

Für manche Menschen kann z.B. auch das Kindergäßchen als Durchgang vom Wendepplatz am Ende der Karlstraße zur Knapper Str. aufgrund der in Teilen nicht ausreichenden Beleuchtung bei Dunkelheit aber auch aufgrund der eher schlechten Einsehbarkeit ein Unsicherheitsgefühl

³⁸ Vgl. Abbildung 7 im Anhang.

³⁹ Vgl. Abbildung 4 im Anhang.

⁴⁰ Vgl. Abbildungen 8 und 9 im Anhang.

⁴¹ Vgl. Abbildungen 10, 11 und 12 im Anhang.

⁴² Vgl. Abbildungen 10, 11, 12, 13 und 14 im Anhang.

⁴³ Vgl. Abbildungen 15 und 16 im Anhang.

hervorrufen – vor allem in Zeiten mit wenig Fußgängerverkehr.⁴⁴ Durchgänge mit schlechter oder in Teilen fehlender Beleuchtung bestehen nicht nur in der Innenstadt, sondern auch anderen Bereichen der Stadt. Exemplarisch kann hier ein Durchgang von der Wiesenstraße zur Kluser Str. angeführt werden.⁴⁵

Diese lediglich punktuellen Beobachtungen und subjektiven Einschätzungen können dazu führen, dass für einen Teil der Bevölkerung bestimmte Wege bzw. Orte in der Stadt Lüdenscheid ein Unsicherheitsgefühl erzeugen und diese deshalb – vor allem zu bestimmten Zeiten bei Dunkelheit (abends und nachts) – gemieden werden können. Diese kann sich auch negativ auf die Attraktivität von Lüdenscheid als Wohn- oder Einkaufs- oder Besuchsort auswirken.

5. Empfehlungen für mögliche Schritte für eine vernetzte Sicherheit und Ordnung

Ausgehend von den einführenden allgemeinen Ausführungen zur Herstellung von urbaner Sicherheit und Ordnung mit einem Fokus auf Local Security Governance werden folgende Empfehlungen für mögliche Schritte für eine vernetzte Sicherheit und Ordnung in der Stadt Lüdenscheid unterbreitet.

- Abschluss und Umsetzung der geplanten Kooperationsvereinbarung über die gemeinsame Aufgabenwahrnehmung zur Gefahrenabwehr sowie zur Verfolgung von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten zwischen der Kreispolizeibehörde Märkischer Kreis und der Stadt Lüdenscheid als flankierende Maßnahme der Einführung des KOD. Durch die Vernetzung und Zusammenarbeit mit der Polizei im Rahmen einer Ordnungspartnerschaft kann die Effizienz und Effektivität des KOD deutlich gesteigert werden. Diese Zusammenarbeit könnte perspektivisch in eine gemeinsame Anlaufstelle von Polizei und Ordnungsbehörde in Lüdenscheid münden, die idealerweise an einem Verkehrsknotenpunkt und/oder Kriminalitätsbrennpunkt liegen könnte. Vorbild hierfür ist die erfolgreich laufende zentrale Anlaufstelle der Aachener Polizei und dem Fachbereich Sicherheit und Ordnung der Stadt Aachen.⁴⁶ So könnte eine solche Anlaufstelle in Lüdenscheid eventuell bei der Neubebauung der Fläche des

⁴⁴ Vgl. Abbildungen 17, 18 und 19 im Anhang.

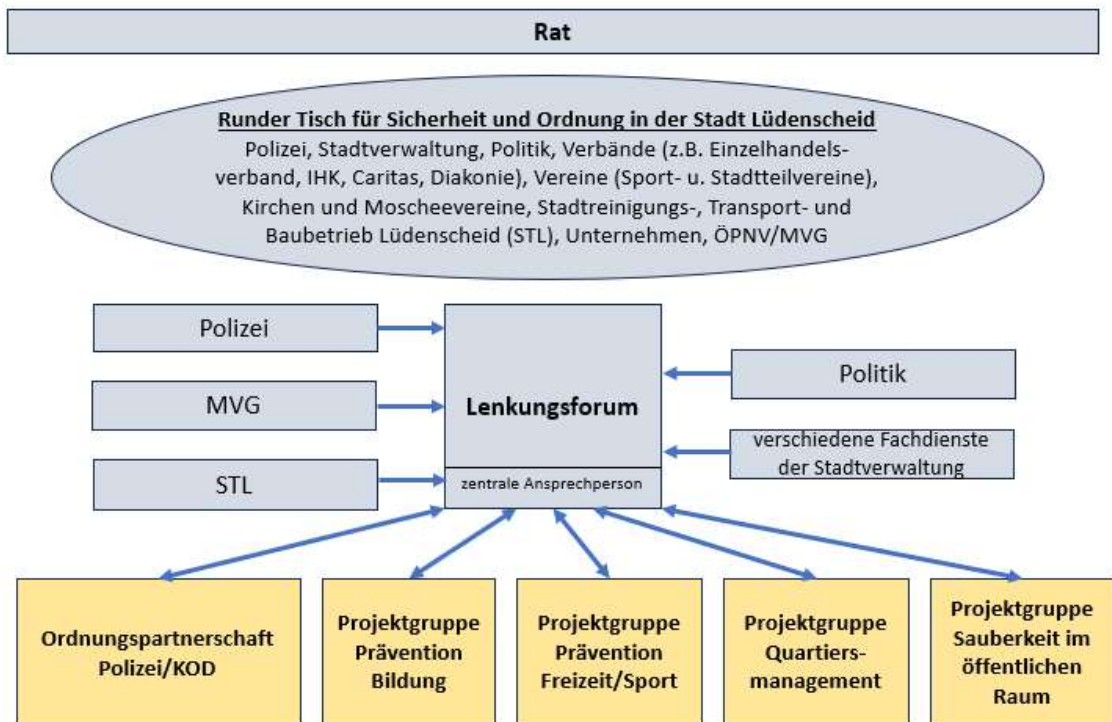
⁴⁵ Vgl. Abbildung 20 im Anhang.

⁴⁶ Polizei Nordrhein-Westfalen 2023.

jetzigen Forums (z.B. mit Ausrichtung zum ZOB an der Sauerfelder Straße aber auch mit direkten Kommunikationsmöglichkeiten zum Sternplatz) eingeplant werden.

- Sicherheit und Ordnung ist nicht nur eine Aufgabe des FD „Öffentliche Sicherheit und Ordnung“, sondern soll als Querschnittsaufgabe der unterschiedlichen Ressorts der Stadtverwaltung im Austausch und Zusammenarbeit mit der Polizei sowie Akteuren aus der Wirtschaft und Zivilgesellschaft verstanden werden. Deshalb sollen die unterschiedlichen Akteure auf verschiedenen Ebenen mit geeigneten Formaten miteinander zentral vernetzt werden. Als zentrales Kommunikationsformat wird die Einrichtung eines „Runden Tisches für Sicherheit und Ordnung in der Stadt Lüdenscheid“ mit einer breiten Akteurskonstellation aus Politik, Verwaltung, Polizei, Wirtschaft und Zivilgesellschaft – wie im Schaubild in der Abbildung 3 dargestellt – empfohlen. Dieses Gremium könnte gemeinsame Ziele und Maßnahmen zur Umsetzung dieser diskutieren und vereinbaren sowie den Erfolg der gemeinsamen Maßnahmen kritisch begleiten und bewerten.

Abb. 3: Koordination der kooperativen Sicherheit in den Stadt Lüdenscheid⁴⁷



⁴⁷ Eigene Darstellung.

- Eine zentrale Funktion für die Gestaltung der kooperativen Sicherheit (und ihrer Formate wie dem Runden Tisch und der Ordnungspartnerschaft zwischen der Polizei und dem KOD) in einer Stadt kommt „(...) einem wirkungsmächtigen Lenkungsgremium (...)“⁴⁸ zu, das idealerweise unter dem Vorsitz eines Wahlbeamten arbeitet und somit strukturell gut verankert ist. Hierfür wird die Bildung eines Lenkungsforums als zentrales Koordinationsorgan angeregt. Ratsam wäre es, wenn es in den Reihen der Stadtverwaltung eine zentrale Ansprechperson gäbe, die als *Sicherheitskoordinatorin/Sicherheitskoordinator der Stadt Lüdenscheid* eine „(...) vertrauensvolle Kommunikation mit allen mit Sicherheits- und Ordnungsfragen betrauten Stellen in Polizei, Verwaltung und Zivilgesellschaft“⁴⁹ führt.
- Wichtig ist zudem die breite Unterstützung der unterschiedlichen Maßnahmen der kooperativen Sicherheit durch die Stadtverwaltung. Empfohlen wird die Einrichtung von verschiedenen thematischen Projektgruppen für die Präventionsarbeit in unterschiedlichen Bereichen (z.B. „Bildung“, „Freizeit und Sport“, „Quartiersmanagement“ und „Sauberkeit im öffentlichen Raum“). Da Sicherheit und Ordnung idealerweise als eine Querschnittsaufgabe der Stadtverwaltung verstanden werden soll, wird empfohlen, in diesen Projektgruppen zum einen unterschiedliche Fachdienste der Stadtverwaltung miteinander sowie mit ausgewählten Akteuren außerhalb der Stadtverwaltung (thematisch abgestimmt z.B. aus der Zivilgesellschaft, Verbänden und/oder Vereinen) zu vernetzen. Gemeinsam sollen dann konkrete Handlungskonzepte erarbeitet werden. Hierdurch würde nochmals verdeutlicht werden, dass es sich beim Thema der urbanen Sicherheit um eine gemeinschaftliche Aufgabe handelt. Mit der Präventionsarbeit in den unterschiedlichen Projektgruppen sollen vor allem Ursachen von Kriminalität aber auch von nicht ordnungsgemäßem Verhalten früh und effektiv begegnet werden.
- Empfohlen wird weiterhin die Durchführung von wiederkehrenden Bürgerforen in den Stadtteilen zum Thema „Sicherheit und Ordnung“. Hierdurch soll der direkte Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern zu diesem Thema gefördert, ihre Anliegen nach Möglichkeit in die Konzepte eingebunden, das Verständnis für sicherheitspolitische

⁴⁸ Kromberg und Rau, S. 23.

⁴⁹ Vgl. ebd.

Maßnahmen, das bürgerschaftliche Engagement sowie das Verantwortungsgefühl für den gemeinsamen öffentlichen Raum gefördert werden.

- Zudem werden weitere Maßnahmen im Bereich der städtebaulichen Kriminalprävention zur Stärkung des subjektiven Sicherheitsgefühls angeregt, um nach den Erkenntnissen des international anerkannten interdisziplinären Präventionsmodells „Crime prevention through environmental design“ (CPTED) durch Gestaltung des städtischen Raumes Kriminalität zu verhindern und das Sicherheitsgefühl der Lüdenscheider Bevölkerung zu stärken (z. B. Verbesserung der Beleuchtung an potenziellen Angstorten).
- Um den KOD ressourcenorientiert und wirkungsvoll einzusetzen, wird angeregt eine Übersicht zu erstellen, in welchen Bereichen des Stadtgebietes es häufiger zu Ordnungswidrigkeiten kommt. Dieses könnte in Zusammenarbeit mit der Polizei auch für die bekannt gewordenen Straftaten in Lüdenscheid durchgeführt werden. Somit könnte die formelle soziale Kontrolle und das subjektive Sicherheitsgefühl an neuralgischen Punkten im Stadtgebiet gestärkt werden.

6. Ausblick

Nochmals und abschließend soll betont werden, dass es sich bei der Schaffung von Formen der kooperativen Sicherheit um einen längerfristigen Prozess handelt. Dieses Konzeptpapier stellt einen weiteren Schritt dar und unterbreitet verschiedene Vorschläge insbesondere zur Vernetzung unterschiedlicher Akteure im Rahmen einer Local Security Governance. Die Idee ist, dass weitere Schritte im Rahmen eines neunwöchigen praxisbezogenen Projekts von Studierenden der Verwaltungstudiengänge an der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen (HSPV NRW) unter fachlicher Anleitung einer/eines Lehrenden im laufenden Austausch mit der Stadt Lüdenscheid konzipiert werden. Ein Schwerpunkt des Projekts könnte zum Beispiel im Bereich der angeregten Projektgruppen zur Prävention oder der konkreten Ausgestaltung der angedachten Bürgerforen zum Thema „Sicherheit und Ordnung“ und somit auf der Frage der Aktivierung des bürgerschaftlichen Engagements und des kommunikativen Austauschs zwischen den Akteuren liegen. Eine andere Möglichkeit wäre, den Fokus des Studierendenprojekts auf einen bestimmten Stadtteil wie Kluse zu richten.

7. Quellen- und Literaturverzeichnis

Bundeskriminalamt (Hrsg.). Der Deutsche Viktimisierungssurvey 2017 – Opfererfahrungen, kriminalitätsbezogene Einstellungen sowie die Wahrnehmung von Unsicherheit und Kriminalität in Deutschland. Wiesbaden 2020.

Erhart, Hans-Georg. „Security Governance transnationaler Sicherheitsrisiken: konzeptionelle und praktische Herausforderungen“. In: *Security Governance in und für Europa* hrsg. von Hans-Georg Erhart und Martin Kahl, S. 25-50. Baden-Baden: Nomos, 2010.

Kromberg, Christian und Rau, Anna. „Urbane Sicherheit – sichere öffentliche Räume für ALLE“. In: *Urbane Sicherheit, Forum für Verwaltungs- und Polizeiwissenschaft* hrsg. von Hans-Jürgen Lange et. al., S. 11-34. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 2021.

Feltes, Thomas „Null-Toleranz“. In: *Kriminalpolitik* hrsg. von Hans-Jürgen Lange et. al., S. 231-250. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2008.

Frevel, F. „Plural Policing – Sicherheitsarbeit durch Kooperation“. In: *Handbuch Polizeimanagement* hrsg. von Jürgen Stierle et. al, S. 1073-1093. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 2017.

Frevel, Bernhard und Schulze, Verena. „Local Security Governance“. In: *Governance* hrsg. von Katrin Möltgen-Sicking und Thorben Winter, S. 107-127. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 2019, https://doi.org/10-1007/978-3-658-24280-0_6

Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen. *Polizeiliche Kriminalstatistik Nordrhein-Westfalen 2022* (Stand 23.10.2023), letzter Zugriff: 30.12.2023, https://polizei.nrw/sites/default/files/2023-10/pks_jahrbuch_2022.pdf

Polizei Nordrhein-Westfalen 2023, Aachen: Gemeinsamer Anlaufstelle Peterstraße, letzter Zugriff: 30.12.2023, <https://aachen.polizei.nrw/artikel/gemeinsame-anlaufstelle-peterstrasse>

Polizei Nordrhein-Westfalen 2022, Märkischer Kreis: Kriminalitätszahlen der Städte und Gemeinden für 2022, Lüdenscheid, letzter Zugriff: 30.12.2023, https://maerkischer-kreis.polizei.nrw/sites/default/files/2021-03/Polizeiliche%20Kriminalstatistik%202020%20-%20St%C3%A4dte%20und%20Gemeinden_0.pdf

Polizei Nordrhein-Westfalen 2022, Märkischer Kreis: Kriminalitätszahlen der Städte und Gemeinden für 2020, Lüdenscheid, letzter Zugriff: 30.12.2023, <https://maerkischer-kreis.polizei.nrw/sites/default/files/2023-04/kommunen-einzeldaten-2304.pdf>

Polizei Nordrhein-Westfalen 2019, Märkischer Kreis: Kriminalitätszahlen der Städte und Gemeinden für 2019, Lüdenscheid, letzter Zugriff: 30.12.2023, https://maerkischer-kreis.polizei.nrw/sites/default/files/2020-03/PKS%20KPB%20MK%20f%C3%BCr%202019%20-%20St%C3%A4dte%20und%20Gemeinden_0.pdf

Schröder, Anna. „Neue kriminalpräventive Konzepte für die Sicherheit im öffentlichen Raum“. In: *Urbane Sicherheit, Forum für Verwaltungs- und Polizeiwissenschaft* hrsg. von Hans-Jürgen Lange et. al., S. 59-84. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 2021.

Anlage: Fotografische Dokumentation in Lüdenscheid

Quelle: Fotografien von Nils Abraham am 23.10.2023



Abb. 4: Börsenstraße Richtung Hintereingang Forum am Sternplatz



Abb. 5: Hintereingang Forum am Sternplatz in der Börsenstraße (tagsüber)



Abb. 6: Hintereingang Forum am Sternplatz in der Börsestraße (bei Dunkelheit)

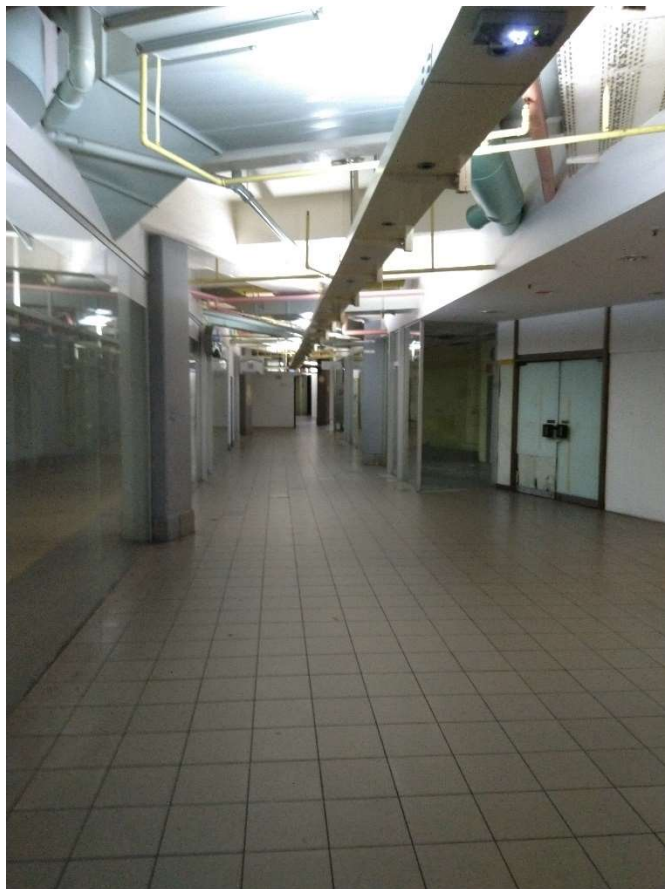


Abb. 7: Passage durch das Forum am Sternplatz



Abb. 8: Fußgängerweg an der Seite des Forums zur Sauerfelder Straße (tagsüber)



Abb. 9: Fußgängerweg an der Seite des Forums zur Sauerfelder Straße (bei Dunkelheit)

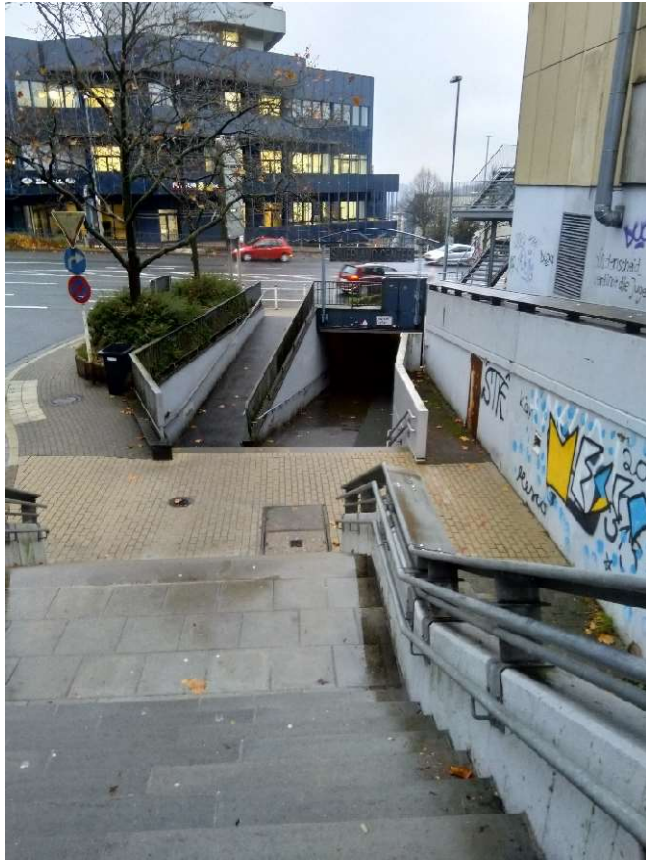


Abb. 10: Fußgängerweg an der Seite des Forums zum Tunnel Sauerfelder Straße



Abb. 11: Eingang Tunnel unter der Sauerfelder Straße (Seite Forum)



Abb. 12: Eingang Tunnel unter der Sauerfelder Straße (Seite Jobcenter)

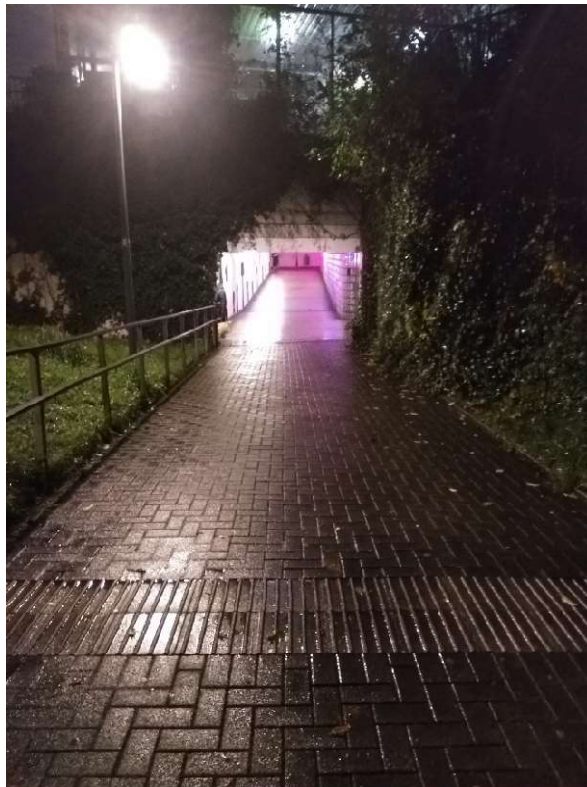


Abb. 13: Eingang Tunnel unter dem Sauerfeld ZOB (von der Hochfuhrstraße)

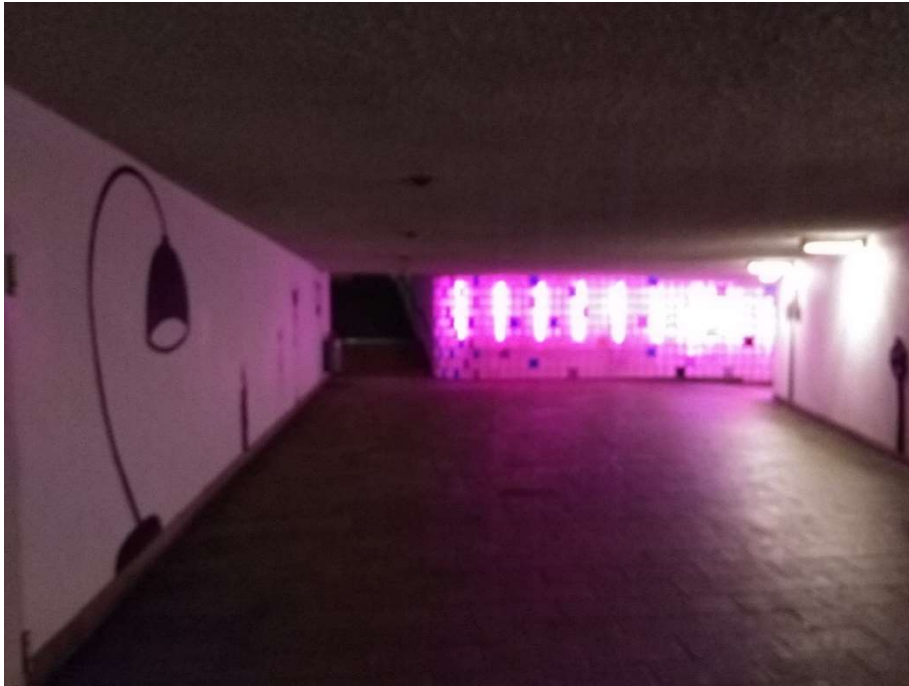


Abb. 14: Tunnel unter dem Sauerfeld ZOB



Abb. 15: Eingang Tiefgarage unter dem Kulturhaus Lüdenscheid



Abb. 16: Tiefgarage unter dem Kulturhaus Lüdenscheid



Abb. 17: Kindergäßchen von der Karlstraße (tagsüber)



Abb. 18: Kindergäßchen von der Karlstraße (bei Dunkelheit)



Abb. 19: Wendeplatz Karlstraße (bei Dunkelheit)



Abb. 20: Durchgang von der Wiesenstraße zur Kluser Straße (bei Dunkelheit)